

Die Euro- Lüge

...und jetzt sogar die EU-Anleihe durchs Hintertürchen eingeführt wird

Unsere Bundesregierung schreckt auch vor arglistiger Täuschung nicht zurück. Offiziell hieß es immer „Nein zur EU-Anleihe“, „die Kanzlerin bleibt hart“. Jetzt im Jahr 2011 wurde es aber einfach gemacht, die EU-Anleihe wurde zur Finanzierung des rechtswidrigen „Eurorettungspaketes“ namens European Financial Stability Facility eingeführt!

Vollmundig wirbt die „FAZ“ jetzt für die neuen EU-Anleihen mit verschiedenen Laufzeiten, Kuponzahlungen und ISIN-Nummern. Die „EU-Anleihen bieten interessanten Renditeaufschlag“ frohlockt „FAZ“-Schreiberling Dr. Martin Hock. Der subventionierte Basar für Schrottpapiere ist eröffnet, die Europäische Zentralbank nimmt die neuen Kredite als hundertprozentige Sicherheiten für frisch gedrucktes Geld gerne an!

Die These des „FAZ“-Artikels von Martin Hock, lautet in etwa, dass wir uns als Deutsche zwar durch den Euro-Betrug geprellt fühlen mögen, jetzt aber die Vorteile der neuen EU-Anleihen sehen sollen, für die wir „interessante Renditeaufschläge“ gegenüber deutschen Anleihen zu erwarten hätten bei fast gleicher Sicherheit. „Die Rettung des vor dem Schuldenkollaps stehenden Irlands ist in Deutschland nicht unbedingt auf besondere Begeisterung gestoßen, herrscht doch das Gefühl vor, zu viel zu zahlen und zu wenig zu bekommen, wobei dies der Tatsache geschuldet ist, dass der Euro der Exportnation Deutschland vor allem mittelbar zugutekommt.“, beginnt der Artikel. Die Tatsache, dass die EU-Anleihen wegen der Sozialisierung der Risikoaufschläge vor allem jetzt sofort ein grottenschlechter Deal für die deutschen Steuerzahler sind, zählt also nicht. Vor dieser Sozialisierung habe ich bereits in meinem Artikel vom 30.04.2010 im Zuge eines Berichts über die Werbeveranstaltung des griechischen Bankrotteurs Simits für EU-Anleihen in der Münchner Bundesbankfiliale gewarnt. Wieder wird jetzt in den Medien, darunter eben auch der „FAZ“, darauf angespielt, dass wir Deutschen zu dumm wären, die Vorteile des Euros zu schätzen, der ja gerade den Deutschen mittelfristig so tolle Exportvorteile brächte. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

1. Seit der Euroeinführung hat der deutsche Export in die Eurozone anteilig abgenommen, von damals 43 Prozent auf heute 41 Prozent, wie es neulich Hans-Olaf Henkel in Bezug auf die offiziellen Statistiken klarstellte. Der Euro hat keinen Einfluss auf den Außenhandel, wenn überhaupt einen negativen, weil er weniger stabil ist als die D-Mark, mit der deutsche Firmen jahrzehntelang Rekordexporteur waren.

2. Nach Finnland hat Deutschland den geringsten Außenhandelsanteil mit der Eurozone (geringste Verflechtungsintensität), wir exportieren nach Amerika, China, in die Welt! Selbst wenn man also eine Förderung des Außenhandels durch den Euro unterstellt, die es ja wie unter 1. beschrieben nicht gibt, profitiert Deutschland davon nur unterdurchschnittlich. Deutschland hat die geringste Verflechtungsintensität mit anderen EU-Staaten, wie Prof. Dr. Werner Plumpe in seinem Artikel vom 06. Januar 2011, ebenfalls „FAZ“, erklärt.

3. Deutschland hat jahrelang die Konsumsucht der Südstaaten mitfinanziert. Deutschland hatte seit 1995 die geringste Nettoinvestitionsquote in der gesamten OECD, bei einer der höchsten Sparquoten und bei einer sehr kapitalintensiven Wirtschaftsstruktur. Es fand ein

Kapitalabfluss aufgrund von Scheinrenditen in den Südländern und Transferzahlungen dorthin statt, wie es auch der bekannte Ökonom Hans-Werner Sinn immer betont. Für diese Renditen, die wir nie hatten, garantieren wir jetzt über die EU-Anleihen und werfen schlechtem Geld, gutes Geld hinter her, wie der Volksmund sagt.

Mit diesen Fakten konfrontiert hat sich Dr. Martin Hock, Finanzredakteur der „FAZ“, wie folgt für seine Aussagen rechtfertigt: „Der Einfluss des Wechselkurses auf den Außenhandel bezieht sich selbstverständlich immer auf den Warenverkehr über die Grenzen der Währungsgebiete hinweg. In dieser Hinsicht hat Deutschland sehr stark vom Euro profitiert, weil dieser wesentlich weniger stark aufgewertet hat als es bei der D-Mark der Fall gewesen wäre.“

In der öffentlichen Diskussion wird immer auf die geringeren Transaktionskosten durch eine gemeinsame Währung hingewiesen, die besonders Deutschland als Exportnation begünstigen würde, was jedoch in keiner Studie statistisch signifikant als handelsfördernder Effekt nachgewiesen werden konnte. Trotzdem weist Martin Hock in seinem Artikel keineswegs darauf hin, dass er sich auf den außereuropäischen Handel mit Deutschland bezieht, auch wenn er dies dann später durch seine Antwort klar stellte. Inhaltlich hat er aber auch mit dieser Antwort nicht Recht.

Eine schwache Binnenwährung fördert den Export nur zum Schein. Sofort werden damit auch die Importe teurer und die Aktion der Abwertung hat nichts gebracht. Dass Deutschland von einer schwachen Währung ("wertet nicht so stark auf") profitiert, ist also blanker Unsinn. Die Importe verteuern sich eben genau proportional und fast alle Vorprodukte deutscher Exportgüter werden importiert. Prof. Hans-Werner Sinn hat diesbezüglich den Begriff der Basarökonomie geprägt.

Es ist sogar so, dass Unternehmen ihre Kapitalien durch die Produktion für den Export übermäßig abnutzen, wenn der Export künstlich durch eine schwache Währung „angeregt“ wird. Langfristig steigen die Instandhaltungskosten durch die mit der Abwertung verbundenen Inflation, sowie die Kosten für den Bezug der Rohwaren und der Vorprodukte. Dann kommt man bei einer sich entwertenden Währung am Ende darauf, dass man unter realem Wert exportiert und so Verluste gemacht hat. Man hat zu Preisen verkauft, die weniger eingebracht haben, als man später Kosten für die Instandhaltung der Maschinen und Wiederauffüllung der Lager bezahlen muss. Das ist ein Verlustgeschäft! Es handelt sich dann um einen Ausverkauf, eine Vernichtung deutschen Kapitals zu Gunsten der Konsumfreude des Auslands und wegen der dadurch sinkenden Produktivität auf Grund von Kapitalverlust und Fehlinvestitionen letztendlich um eine Schwächung aller Länder. Genau das stellen wir empirisch fest und genau das hat auch schon Ludwig von Mises vor 70 Jahren in seiner „Theorie des Handels und Wirtschaftens“ erkannt. Wir erleben schon heute, wie die Produktivität und damit das reale Volkseinkommen und der Wohlstand in Europa durch die interventionistisch-sozialistische EU-Regierung (Stichwort Wirtschaftsregierung, flexible Geldpolitik, etc.) abnehmen.

Deutschland war vor dem Euro jahrzehntelang höchst erfolgreich im Export. Die Schweizer, deren Franken in jüngerer Zeit stark aufgewertet hat, exportieren weiterhin höchst erfolgreich. Das liegt auch daran, dass Deutschland, wie auch die Schweiz, mit seinen Hochtechnologieprodukten nicht in der Preiskonkurrenz steht, sondern aufgrund technologischen Vorsprungs in Nischenmärkten Preise setzen kann. Die absurde Theorie, eine schwache oder schwächere Währung würde den Export fördern ist aus allen Blickwinkeln betrachtet unhaltbar.

Dass die Zusammenlegung verschiedener Staatsanleihen in EU-Anleihen ein so gutes Geschäft für Deutschland wäre, da damit der Euro erhalten werden würde, ist ebenfalls Unsinn. Der Wert des Euros hängt auch nicht von der Bedienung irgendwelcher Staatsanleihen ab. Im Gegenteil wird durch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bei nun dauerhaft negativen Realzinsen (Zinsen unterhalb der Inflationsrate) der Euro entwertet. Diese Politik soll nur die Bedienung von Staatsanleihen sichern und dient so machtpolitischen Interessen, hat aber mit Währungsstabilität nichts zu tun. Die EZB kauft Staatsanleihen derzeit sogar direkt auf und es kam heraus, dass die nationalen Notenbanken in Krisenzeiten sogar heimlich außerhalb der offiziellen EZB-Bilanz Kredite vergeben können.

Deutschland braucht keine Währungsunion, um erfolgreich zu exportieren oder sonst irgendetwas erfolgreich zu tun. Alle EU-Staaten brauchen die Währungsunion nicht. Die Währungsunion weiter um jeden Preis aufrechtzuerhalten ist ein verstecktes Subventionsprogramm für die Südstaaten, das diesen kurzfristige Konsumfreuden beschwert, sie aber langfristig auf Kosten aller und vor allem Deutschlands, strukturell weiter schwächt. Es werden so weitere Fehlinvestitionen ausgelöst, die sich nicht an der realen Nachfrage der Menschen orientieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit und der Wohlstand aller Staaten weiter abnehmen. Auf Dauer wird so Europa zerrüttet und zerstört.

Der Euro bewirkt eine Schwächung aller EU-Staaten und soll wohl im Sinne einer Neuauflage der längst im Abfalleimer der Geschichte geglaubten Balance of Power Doktrin unter anderem ein Projekt zur Eindämmung Deutschlands darstellen, wie Ex-EU-Kommissar Verheugen in Bezug auf die „deutsche Gefahr“, die aus seiner Sicht die EU erst notwendig gemacht hätte, im Fernsehen zugab. Eine solche brachiale Betrachtung aus Versailler Zeiten, die zudem nicht nur Deutschland, sondern allen EU-Staaten schadet, hat aus meiner Sicht in einem Europa der befreundeten und freien Vaterländer, bis hin zum Europa der Regionen, der Reise-, Arbeits-, Handels und Kapitalfreiheit keinen Platz. Zudem gibt es keine historischen Belege dafür, dass eine Währungsunion Frieden sichern würde, wie es auch eigentümlich-frei Autor und Historiker Dr. Gérard Bökenkamp vortrefflich analysiert hat. Der Euro ist ein Verlustspiel für alle Länder und man sollte sich durch die oberflächlichen Betrachtungen der nationalen Interessen im Gezerre um den Euro nicht gegeneinander aufspielen lassen. Das Gerede über Exportförderung oder Bereicherung der Südstaaten durch den Euro ist Unsinn. Weder fördert der Euro in irgendeiner Weise die Exporte, noch hilft der Konsumrausch den Südstaaten langfristig auf die Beine, sondern schadet ihnen.

Die wahren Profiteure und Interessen hinter dem Euro sind wohl in nationalen Akteuren nicht zu finden. Wie hier gezeigt, schadet der Euro allen. Nur eine kleine Finanzelite profitiert davon, wie etwa durch den Cantillon-Effekt bei Inflation oder dem Zugriff auf verpfändete Realgüter bei provozierten Privatpleiten durch Deflation. Beides, Inflation und Deflation löst die Zentralbank durch ihre Monopolmacht zur Steuerung der Geldmenge aus. Von diesen Schwankungen profitiert einzig und allein die Finanzindustrie auf Kosten aller. Es ist das von Baron Keynes erdachte feudale System ohne Wettbewerb und demokratische Kontrolle, dass sich eines gesetzlichen Monopols bedient, welches die Völker Europas im ureigenen Interesse und um des Friedens willen zu Gunsten einer gemeinsamen wettbewerblichen Geldordnung abschaffen sollten. Fortsetzung folgt...